

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 28. Oktober 2020

3103. 2020/269

Weisung vom 24.06.2020:

Sozialdepartement, Stiftung Domicil, Beiträge 2021–2024

Antrag des Stadtrats

1. Der Stiftung Domicil wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 783 000.– bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Nadia Huberson (SP): Zweck der Weisung ist die Bewilligung eines jährlichen leistungsabhängigen Maximalbeitrags von 783 000 Franken für die Stiftung Domicil für die Jahre 2021 bis 2024. Mit dem Beitrag werden die Basisleistungen, Wohnungsvermittlungen, Wohnberatungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mitfinanziert. Der bisherige leistungsabhängige Maximalbeitrag von 751 000 Franken erhöht sich um 32 000 Franken. Die Stiftung Domicil unterstützt sozial benachteiligte Menschen, Familien, Paare oder Einzelpersonen bei der Suche nach einer Wohnung und begleitet sie bis zum Bezug der Wohnung. Zielgruppe sind Working Pools, Menschen mit Zusatzleistungen zur AHV- oder IV-Rente sowie Klientinnen und Klienten, die von den sozialen Diensten und der Asylorganisation Zürich wirtschaftlich unterstützt werden. Domicil vermittelt zwischen Marktpartner und Marktpartnerinnen, übernimmt die Solidarhaftung und garantiert damit die Zinssicherheit. Domicil wurde bis anhin ausschliesslich über die Anzahl erfolgreich vermittelter Wohnungen und mit einem Beitrag an die Öffentlichkeitsarbeit vom Sozialdepartement mitfinanziert. Das ändert sich ab 2021, da die Stiftung Domicil auch Leistungen erbringt, die nicht von den vermittelten Wohnungen abhängen. Es handelt sich dabei um Basisleistungen, die die Anmeldung, Einführungsgespräche, Erstellen von Bewerbungsdossiers und Wohnberatungen umfassen. Neu sollen diese Leistungen separat und transparent mitfinanziert werden. Die Nachfrage nach Wohnberatungen nimmt zu und die Mietverhältnisse von Domicil wachsen jährlich um 70 bis 90 Wohnungen. Aufgrund der Nachfrage soll der bisherige jährliche Maximalbeitrag um 32 000 Franken erhöht werden. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen die Zustimmung zur Weisung. Das Angebot an preiswerten Wohnungen ist in Zürich weiterhin sehr knapp, die Mietpreise entwickeln sich weiter nach oben und der Bedarf an Wohnungsvermittlungen für sozial und wirtschaftlich Benachteiligte steigt weiterhin. Dank der Stiftung Domicil wird die Wohnungsnot für diese Zielgruppen gemildert und ihre soziale Integration und Selbstständigkeit gefördert.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Sie sprechen von preisgünstigen Wohnungen und davon, wie Sie den Menschen mit wenig Geld dank dieser Weisung angeblich helfen. Die Preisentwicklung zwischen 2008 und 2017 zeigt, dass die Preise in der Stadt für den Boden um 42 Prozent gestiegen sind. Wer profitiert in dieser Stadt von den steigenden Preisen? Es ist unmöglich, gleichzeitig sozialverträglich, grün und für die Masseneinwanderung zu sein. Offene Grenzen gehen mit weniger Grün- und Freifläche einher. Ein vernünftiger Weg – wie dies die bürgerliche Schweiz will – kann offene Grenzen und andere Kulturen beinhalten, begrenzt die Einwanderung aber auf ein normales Mass, damit sich nicht nur reiche Ausländer die Innenstadt leisten können und alle anderen in die Agglomeration und an die Stadtränder verdrängt werden. Die Wähler der SVP – wir vertreten den einfachen Mann und die einfache Frau – können sich in der Stadt bald keine Wohnung mehr leisten. Wer ein geringes Einkommen hat, kann durch Glück und Kungeleien eine städtische Wohnung beziehen. Andernfalls muss man die Stadt verlassen. Das sind die Folgen der masslosen Zuwanderung. Sie können nicht preisgünstigen Wohnraum fordern und gleichzeitig ein System unterstützen, das die Bodenpreise innerhalb weniger Jahre um 42 Prozent steigen liess. Sie müssen sich entscheiden: entweder Sozialstaat oder offene Grenzen; entweder Grünflächen und Naturschutz oder offene Grenzen; entweder günstiger Wohnraum oder offene Grenzen. Beides geht nicht. Deshalb entscheidet sich die SVP für den einfachen kleinen Mann und die einfache kleine Frau und lehnt die Weisung ab. Wir müssen nicht die Symptome, sondern Probleme an der Wurzel bekämpfen.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die Darstellung von Samuel Balsiger (SVP) ist völlig realitätsfern. Beispiele zeigen, dass man die Explosion der Bodenpreise regulieren kann – wir tun es einfach nicht. Ein Ausgleich zwischen arm und reich kann in stark wachsenden Gesellschaften jederzeit finanziert werden. Das Geld ist da, man muss nur den Willen haben, die Verteilung gerecht zu gestalten, damit arme Menschen in der Stadt bleiben können. Das Modell in Zürich setzt darauf, die hohen Steuereinnahmen zu verteilen. Das Modell nimmt aber auch in Kauf, dass ein Teil der Bevölkerung aus der Stadt verdrängt wird. Kein Ausländer ist schuld daran, dass wir es nicht anders machen. Das sind politische Entscheide. Sie tun so, als würden Sie die einfachen Menschen vertreten, obwohl Sie das Geschäft der Grossen machen.

Samuel Balsiger (SVP): Walter Angst (AL) hat recht – es geht um politische Entscheide. Wir hatten mit der Begrenzungsinitiative die Möglichkeit, die Weichen zu stellen, damit nicht noch mehr Menschen ins Land kommen und der Bodenpreis nicht noch weiter steigt. Logisch trifft den reichen Deutschen keine Schuld. Es sind die Mehrheiten in der Schweiz, die das Problem verursachen. Wir Schweizer sind schuld daran, dass wir überannt werden und die Bodenpreise in die Höhe schnellen. Die Zahl der 42-prozentigen Steigung entnahm ich dem linken «Tages-Anzeiger», der die statistischen Daten errechnet hat. Offizielle Zahlen belegen, dass ab 2008, nachdem 2007 der Wahnsinn der Personenfreizügigkeit losging, die Bodenpreise stiegen. Offene Grenzen bedeutet über eine Million Einwanderer. Der Boden ist aber beschränktes Gut, weil der Grossteil der

3 / 3

Schweiz aus Bergen besteht, die unbewohnbar sind. Unser Land wird nicht grösser, nur weil wir eine Million Menschen ins Land lassen. Ein beschränktes Gut, das stark nachgefragt wird, hat eine Preissteigerung als Konsequenz. Die Zahlen beweisen, dass die Einwanderung in der Stadt Zürich den Bodenpreis nach oben drückt. Wer den kleinen Mann und die kleine Frau vertreten will, muss die Einwanderung stoppen und nicht Weisungen unterstützen, die dem Steuerzahler noch mehr Geld aus der Tasche ziehen.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Referentin; Präsident Markus Baumann (GLP), Ezgi Akyol (AL), Alexander Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Marcel Müller (FDP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Selina Walgis (Grüne)

Minderheit: Samuel Balsiger (SVP), Referent; Tobias Baggenstos (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Stiftung Domicil wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlicher, leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 783 000.– bewilligt.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. November 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 4. Januar 2021)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat